

Editorial

Kein Grund zum Pessimismus beim Eintritt in die Zwanzigerjahre

Ob am Mittwoch ein neues Jahrzehnt beginnt, ist umstritten. Geht man von unserer Zeitrechnung aus, welche die Jahre in «vor» und «nach Christus» teilt, beginnt das neue Jahrzehnt erst am 1. Januar 2021. Denn es gab nie ein Jahr 0. Aber wenn man von den Sechzigerjahren spricht, meint man die Jahre 1960 bis 1969. Also gehe ich mal davon aus, dass wir am Mittwoch in die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhunderts starten werden.

Im 20. Jahrhundert hießen sie die Goldenen Zwanziger. Es war die Zeit des grossen Wirtschaftsaufschwungs nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, eine Blütezeit der Kultur und der Wissenschaft. Die «Roaring Twenties» und «Les années folles» endeten dann allerdings abrupt.

Sie wurden abgelöst von der Weltwirtschaftskrise, die schliesslich zum Zweiten Weltkrieg führte.

Goldene Zwanziger erwartet heute kaum jemand. Stattdessen herrscht Pessimismus. In vielerlei Hinsicht war die Welt noch nie besser als heute. Die Menschen

leben friedlicher, sicherer, länger und gesünder als jemals zuvor, auch in den armen Ländern. Der enorme Fortschritt ist zu einem guten Teil das Ergebnis der modernen Wissenschaft und der liberalen Demokratie. Und doch herrscht gemäss Umfragen nirgendwo eine so pessimistische Sicht auf die Zukunft wie im Westen, wo diese Entwicklung angestossen wurde: Klimawandel, Überbevölkerung, Umweltzerstörung, Ungleichheit, Populismus, Migration, Roboter, die uns die Arbeit wegnehmen. Bei einer ganzen Generation von Schülern geht die Angst um, sie hätten keine Zukunft mehr. Was wird das mit dieser Generation anrichten?

Pessimismus steht hoch im Kurs. «Wie kommen wir bloss dazu, mit nichts als Verbesserungen hinter uns, vor uns nichts als Verschlechterungen zu erwarten?», fragte der britische Historiker Thomas Babington Macaulay schon vor 150 Jahren.

Die berechtigten Sorgen über die Probleme unserer Zeit sollten uns nicht zu Pessimisten machen. Die spektakulären Verbesserungen verdanken wir dem Einfallsreichtum und den Anstrengungen unserer Vorfahren, die daran glaubten, dass die Probleme der Menschheit lösbar sind. Wir wissen, dass es möglich ist, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, weil die Menschheit dies in der Vergangenheit immer wieder getan hat.

Liebe Leserinnen und Leser, im Namen der ganzen Redaktion der SonntagsZeitung wünsche ich Ihnen ein gutes neues Jahr!

Armin Müller
Mitglied der Chefredaktion

armin.mueller@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

«Auf ein Experiment wie in

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga will 2020 auf Augenhöhe mit der EU

Mischa Aebi, Adrian Schmid (Text) und Marco Zanoni (Foto)

Simonetta Sommaruga ist stolz, Umweltministerin zu sein: Kaum hat sie sich für das Interview an den Massivholz-Tisch in ihrem Büro gesetzt, lenkt sie das Gespräch auf ein Spielzeug, das dort aufgestellt ist. Es handle sich um ein Biokraftwerk-Modell, präzisiert sie. Nach Jahren im Justizdepartement scheint die SP-Magistratin definitiv am Ort ihrer Bestimmung angekommen zu sein. 2020 amtet sie nun auch als Bundespräsidentin.

Frau Sommaruga, 2020 stellt sich die Europafrage. Die SVP will mit einer Initiative die Personenfreizügigkeit beenden. Fürchten Sie sich vor einem Ja?

Nein. Ich setze mich aber zusammen mit dem Bundesrat gegen die Initiative ein. Wir wollen die Bevölkerung überzeugen, dass dies kein guter Weg für die Schweiz ist. **Warum nicht?**

Ein Ja hätte ein riesiges «Gstürm», ein Durcheinander zur Folge, wie es jetzt Grossbritannien erlebt. Auf ein solches Experiment sollten wir verzichten. Die Beziehungen zur EU sind schon heute anspruchsvoll.

Das zeigt sich beim Rahmenabkommen. Was unternehmen Sie als Bundespräsidentin, um dieses zu retten?

Ich will im Ausland erklären, was wir machen und wie unser politisches System funktioniert. Wir haben Volksabstimmungen, das ist anders als in den EU-Staaten. Bei uns braucht es breit abgestützte, mehrheitsfähige Lösungen. Zudem will ich der EU aufzeigen, dass auch sie von uns profitiert. Die Schweiz ist eine attraktive Arbeitgeberin für über 300 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Sie bringen ihre Löhne nach Deutschland, Frankreich, Italien oder Österreich. Deshalb müssen wir auf Augenhöhe die offenen Fragen diskutieren.

Glauben Sie, dass die EU Nachverhandlungen akzeptiert?

Der Bundesrat hat gesagt, dass es Klärungen braucht in drei Punkten. Der Lohnschutz, die Sozialhilfe für Zuwanderer und die staatlichen Beihilfen sind alles sensible Themen. Der Bundesrat hat deshalb Aufträge an die zuständigen Departemente erteilt, um zusammen mit den Kantonen und Sozialpartnern Vorschläge auszuarbeiten. Wir brauchen da Lösungen, die mehrheitsfähig sind. Mit diesen werden wir uns im Anschluss an die EU wenden. Ich kann Ihnen versichern, dass die Mitglieder des Bundesrats die Position der Schweiz mit Überzeugung einbringen werden.

Bei der Ausarbeitung der Vorschläge scheint es aber nur schleppend vorwärtszugehen. Müssten nicht gerade die Gewerkschaften nachgeben?

Ein geregeltes Verhältnis zur EU ist im Sinne aller Beteiligten. Wir tun aber gut daran, jetzt nicht die Akteure im Inland zusätzlich unter Druck zu setzen. Stattdessen braucht es Vertrauen. Die Vorgaben des Bundesrats sind klar. Niemand kann sich zurücklehnen.

Wird es mit der neuen EU-Kommission einfacher, eine Lösung zu finden?

Dazu müsste ich in eine Glaskugel schauen. Die Kommission ist seit Anfang Dezember im Amt und

muss sich erst finden. Heute wissen wir nicht, wie sie sich gegenüber der Schweiz verhalten wird.

Werden Sie persönlich nach Brüssel reisen?

Ich treffe Kommissionschefin Ursula von der Leyen im nächsten Jahr. Es ist aber noch kein Termin fixiert.

Ueli Mauer machte als Bundespräsident einen Bogen um die EU, dafür besuchte er Trump oder Putin. Und Sie?

Es ist eine der Aufgaben der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten, die Schweiz im Ausland zu vertreten. Selbstverständlich werde ich auch Kontakte ausserhalb der EU pflegen. Ich bin bereits vom ukrainischen Präsidenten eingeladen worden. Weitere Termine werden dazukommen.

Stört ein Ukraine-Besuch nicht die Beziehungen zu Russland, die Ueli Maurer dieses Jahr bewusst pflegte?

Ich werde in die Ukraine reisen, um die bilateralen Beziehungen zu pflegen. Das ist der erste bilaterale Besuch einer Schweizer Bundespräsidentin in der Ukraine. Der Besuch in Moskau zeigt, dass die Schweiz in ihren internationalen Kontakten auf Gleichbehandlung setzt. Die Schweiz spricht mit allen, und das wissen auch alle unsere Partner.

Sie werden auch an den G-20-Gipfel in Saudiarabien reisen. Man konnte lesen, dass Sie nicht wirklich Lust darauf haben. Stimmt das?

Der Ort, wo der Gipfel stattfindet, ist nicht entscheidend. Wichtig ist, dass die Schweiz sich an dem Treffen der Mächtigen direkt einbringen kann. Das ist sehr viel mehr wert, als von aussen zuzuschauen, wie die anderen über unser Schicksal entscheiden. Denn am Gipfel geht es um wichtige Themen wie Steuern, Klima und Energie.

Wofür werden Sie einstehen?

Für unsere Überzeugungen. Ich werde die Haltung der Schweiz in Sachen Menschenrechte verteidigen und mich auch dafür einsetzen, dass sich alle für die Lösung des Klimaproblems engagieren.

Sie werden also US-Präsident Donald Trump von Angesicht zu Angesicht für seine Klimapolitik kritisieren?

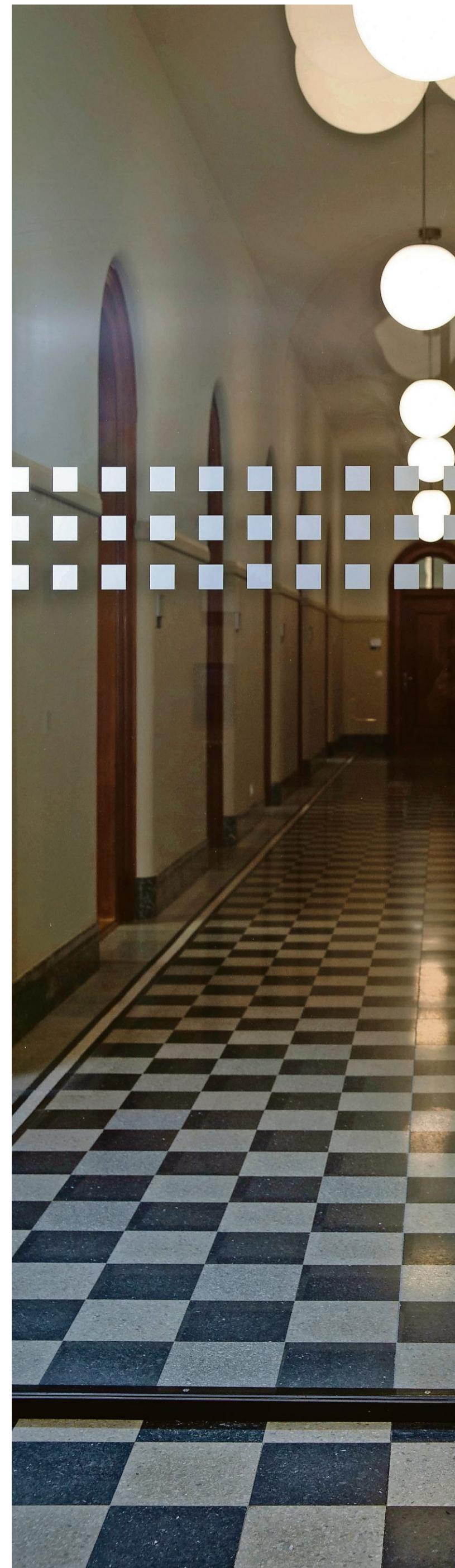
Sie können darauf zählen, dass ich unseren Standpunkt immer einbringe, beim Klima genauso wie in Steuerfragen.

Bleiben wir beim Klima: Der Druck der Strasse und der Wissenschaft nach schnellen griffigen Massnahmen ist gross. Doch Ihnen scheint es nicht so zu pressieren.

Doch, mir pressiert es sehr mit Massnahmen zum Schutz des Klimas. Aber ich weiss, wie die schweizerische Politik funktioniert: Wichtig ist, dass wir die Bevölkerung mitnehmen. Der Staat muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Einzelne klimaverträglich leben kann. Zum Beispiel mit mehr sauberem Strom und Unterstützung für jene, die Wohnblöcke sanieren. Damit machen wir jetzt vorwärts. Mit dem neuen Energiepaket des Bundesrats geben wir mehr Schub.

Nach dem Zustandekommen der Gletscherinitiative bietet sich eine Möglichkeit für weitere Massnahmen. Kommen Sie den Initianten mit einem Gegenvorschlag entgegen?

Der Bundesrat hat schon entschieden, dass er auf mehr sauberen Strom aus der Schweiz setzt, um



«Ich bin voller Tatendrang»: Simonetta Sommaruga schliesst einen vorzeitigen

Grossbritannien sollten wir verzichten»

offene Fragen diskutieren, US-Präsident Donald Trump entgegentreten und den Unterhalt der Bahnnetze vorantreiben



Abgang aus dem Bundesrat aus

beim Klimaschutz vorwärtszumachen und im Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Was genau wir mit der Initiative machen, müssen wir aber zuerst im Bundesrat diskutieren.

Die EU will mit dem Green-Deal ein alles umfassendes Klimapaket durchsetzen. Müsste man in der Schweiz die Klimapolitik nicht auch ganzheitlicher angehen, zum Beispiel mit einem Sommaruga-Deal?

In der Schweiz haben wir nicht diese Personalisierungen. Wir zelebrieren auch nicht die Politik der grossen Worte. Dafür machen wir ganz konkrete Schritte, unsere direkte Demokratie zwingt uns dazu. Mir ist es wichtig für unser Land, dass diese Schritte nun schnell umgesetzt werden. Denn je länger wir warten, desto teurer werden die Massnahmen.

Schnelle griffige Massnahmen dürften es in der Schweiz aber trotz der grünen Welle nach wie vor schwer haben. Wie machen Sie Klimavorlagen mehrheitsfähig?

Die Forderung nach einer griffigen Klimapolitik kommt längst nicht mehr bloss von einer oder zwei Parteien. Ich sehe das zum Beispiel bei den Bauern. Sie sind sehr stark betroffen vom Klimawandel. Vorletztes Jahr mussten sie mit dem Helikopter Wasser auf die Alpen transportieren lassen, weil die Kühe sonst verdursten wären. Das hat viele nachdenklich gemacht. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass wir in Zukunft Mehrheiten finden werden, wenn wir ausgewogene Vorschläge bringen.

Der Klimagipfel in Madrid zeigte, dass es international kaum vorwärtsgeht. Viele sagen, ein Alleingang der Schweiz nützt nichts.

Ich bin enttäuscht über den Ausgang der Klimakonferenz in Madrid. Sie führte uns deutlich vor Augen, dass ein Ausstieg aus der fossilen Energie enorme Widerstände weckt von jenen Kräften, die dabei viel verlieren. Das ist auch in der Schweiz so.

Wer sind in der Schweiz die Verlierer?

All jene, die vom Verkauf von Erdöl, Benzin und Diesel profitieren, werden sich gegen den Ausstieg

wehren. Deshalb ist es mir so wichtig, dass wir jetzt Wasser- und Sonnenenergie stärken. Wir brauchen mehr sauberen Strom aus der Schweiz. Das hilft dem Klima und schafft Arbeitsplätze bei uns. Klimapolitik ist Energiepolitik. Mit mehr sauberem Strom können wir die Bevölkerung auch überzeugen, auf Elektromobilität umzusteigen. Das Bewusstsein wächst auch in der Wirtschaft.

Eine wichtige Rolle spielen die Bahnen. Doch diese sorgen mit Verspätungen, Ausfällen oder Pannenzügen für Ärger. Wie wollen Sie diese Probleme lösen?

Eigentlich sind die Schweizer Bahnen eine Erfolgsgeschichte. Die Bevölkerung nutzt und schätzt sie sehr. Darum wurde in den letzten Jahren viel in deren Ausbau investiert. Neue Strecken und Angebote sind entstanden. Doch jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die Infrastruktur in einem guten Zustand bleibt. Nur so können wir die starke Belastung des Netzes langfristig gewährleisten. Mein Ziel ist es deshalb, den Unterhalt zu stärken. Andere Staaten haben diesen vernachlässigt.

Was für einen Plan haben Sie?

Ich werde dem Bundesrat im Frühling beantragen, mehr Geld in den Unterhalt zu investieren. Dazu will ich den Zahlungsrahmen für die Jahre 2021 bis 2024 erhöhen, auf die Grössenordnung von 14,5 Milliarden Franken. Das sind rund 1,3 Milliarden mehr als bisher.

Reicht das?

Die Fachleute sagen mir, dass wir mit diesem Betrag viel verbessern können. Davon profitieren nicht nur die SBB, sondern alle Bahnen. Dank dem Bahninfrastruktur-Fonds ist dieses Geld auch schon vorhanden.

Was haben die Kunden davon?

Die Passagiere profitieren, wenn wir Gleise, Tunnel, Brücken, Perrons und Fahrleitungen gut instand halten. Das schafft Sicherheit und ist Voraussetzung dafür, dass das Bahnnetz stabil bleibt und funktioniert. Wir sehen in anderen Ländern, was passiert, wenn sich der Staat zurückzieht und der Unterhalt vernachlässigt wird. Das Tempo muss reduziert werden, Züge fallen aus, die Bahnkunden fühlen

sich vernachlässigt. Diesen Fehler dürfen wir in der Schweiz nicht machen. Wir müssen Sorge tragen zu unserer Infrastruktur, und zwar in allen Regionen. Die Bevölkerung soll merken, dass die Politik für sie da ist.

Mehr Unterhalt heisst vorübergehend aber mehr Einschränkungen für die Kunden.

Jeder Unterhalt führt kurzfristig zu einer temporären Baustelle, er zahlt sich aber aus. Die grosse Herausforderung ist die Planung. Ich habe das mit dem Bundesamt für Verkehr angeschaut. Unterhaltsarbeiten können zum Teil nachts ausgeführt werden, wenn weniger Züge unterwegs sind.

Die Grünen sind als Wahlsieger im Bundesrat weiterhin nicht vertreten. Sind Sie nun das grüne Gewissen der Regierung?

Als Uvek-Chefin ist es meine Aufgabe, in der Energie- und Klimapolitik vorwärtszumachen. Das war schon vor den Wahlen so.

Ist es sinnvoll, Bundesräte abzuwählen, um die Wählerstärke der Parteien in der Regierung besser abzubilden?

Die Stimmberichtigen haben die Volkswahl des Bundesrats abgelehnt. Eines der Hauptargumente war, dass die Mitglieder der Regierung nicht permanent im Wahlkampf sein sollten. Zudem ist eine drohende Abwahl nicht nur unangenehm für die betroffene Person, sie erschwert auch die Zusammenarbeit im Gremium.

Wie lange wollen Sie Bundesrätin bleiben?

Jetzt bin ich gerade erst wieder für vier Jahre gewählt worden. Ich bin voller Tatendrang.

Das heisst, Sie schliessen einen vorzeitigen Abgang aus?

Ja. Es kann natürlich vorkommen, dass ein Bundesrat zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig zurücktreten muss. Als Bundesrätin ist man aber für vier Jahre gewählt, und deshalb erwartet das Parlament, dass man auch vier Jahre bleibt.

Trotzdem machen es nicht alle.

Am Schluss entscheidet jedes Mitglied des Bundesrats selbst über seinen Rücktritt. Ich jedenfalls bleibe mindestens vier Jahre.

Bundesratsagenda 2020: Die heissensten Dossiers im neuen Jahr

Verhältnis mit der Europäischen Union

Die wohl grösste Knacknuss steht dem Bundesrat im kommenden Jahr mit dem EU-Dossier bevor. Zuerst steht der Abstimmungskampf gegen die Begrenzungsinitiative der SVP an, welche faktisch eine Kündigung der Personenfreizügigkeit fordert. Dann wird er mit der EU um Nachbesserungen im Rahmenabkommen feilschen müssen. Gelingt ihm das nicht, wird das Abkommen beim Schweizer Volk wohl durchfallen.



Neue Strategie gegen die Klimaerwärmung

Das neue CO₂-Gesetz wird im Frühjahr vom Parlament zu Ende beraten. Doch der Druck ist gross, dass es danach weitergeht. Der Bundesrat wird nicht darum herumkommen, neue Massnahmen für den Klimaschutz auszuarbeiten. Die Regierung selbst hat bereits das Ziel formuliert, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral sein müsse. Noch 2020 will der Bundesrat deshalb eine neue Klimastrategie beschliessen.



Rüstungsgeschäft des Jahrhunderts

Im Herbst werden die Stimmberichtigen über den Kauf neuer Kampfflugzeuge befinden. Die CVP-Bundesrätin Viola Amherd brachte das 6 Milliarden Franken teure Geschäft zwar zügig durchs Parlament. Nun muss sie aber auch das Volk überzeugen, weil GSoA, SP und Grüne das Referendum ergreifen. Die letzte Abstimmung hat der Bundesrat verloren, als es 2014 um den Gripen ging.



Erhöhung des Rentenalters für Frauen

Die Finanzierung der Renten muss dringend reformiert werden. Im kommenden Jahr wird der Bundesrat gleich zwei wichtige Geschäfte zur Altersvorsorge verteidigen müssen: die BVG-Vorlage und die AHV 21, welche eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 vorsieht. Der Bundesrat wird die Bevölkerung überzeugen müssen, warum eine nachhaltige AHV-Reform ohne Abstriche nicht möglich ist.

